

Politischer Kurzbericht

Die politischen Parteien in der Russischen Föderation vor der Dumawahl 2003 – Eine Momentaufnahme“

von

Dominique Meyer

Praktikant im Büro Sankt Petersburg der Konrad-Adenauer-Stiftung
Sankt Petersburg, im Oktober 2003

Es gleicht der Schwierigkeit des Auges, einen fahrenden Zug fixieren zu wollen, wenn man eine Zustandsbeschreibung der gegenwärtigen politischen Parteienlandschaft vor der anstehenden Dumawahl im Dezember dieses Jahres bieten möchte.

Die „Reizüberflutung“ wird nicht zuletzt durch die Vielzahl¹ und die hohe Fluktuation der unter sich wandelnden Rahmenbedingungen (bspw.: Zugang zu den Massenmedien) um den Wahlerfolg ringenden Parteien hervorgerufen.

Denn das vom Kreml forcierte Parteiengesetz vom Juli 2001 konnte, trotz der nun höheren Anforderungen an regionale Präsenz und Mitgliederstärke nur unzureichend zu einer wirksamen Reduktion der zur Wahl zugelassenen Parteien, und somit zu einer höheren Transparenz des Parteiensystems, beitragen.²

Doch trotz häufiger Parteiübertritte und Parteineugründungen seit der Dumawahl 1999, sind durchaus „Konstanten“ im Parteiensystem der Russischen Föderation festzustellen, unter denen jene Parteien subsummiert werden sollen, die über mehrere Legislaturperioden hinweg,

¹ Bei der Zentralen Wahlkommission sind über 40 politische Parteien für die Teilnahme an der Wahl registriert, vgl.: http://www.cikrf.ru/2/vub_gd/min_pol_part.htm (Download vom 25.09.03) Hinzu kommen noch die zur Wahl zugelassenen „gesellschaftlichen Vereinigungen“, vgl. Dazu: http://www.cikrf.ru/2/vub_gd/min_ob_ob.htm (Download vom 25.09.03).

Ein „Teilerfolg“ des Parteiengesetzes soll jedoch nicht bestritten werden, vor 4 Jahren konnten ca. 200 politische Parteien und gesellschaftspolitische Vereinigungen an der Wahl teilnehmen.

² Vgl. dazu: http://www.democracy.ru/english/library/laws/parties_fz95_eng/index.html (Download vom 25.09.03)

Bspw. muss nach dem Parteiengesetz, eine Partei um als solche, fungieren zu können, über mehr als 10 000 Mitglieder in mehr als der Hälfte (45 von 89) der föderalen Subjekte der Russischen Föderation verfügen.

die Fähigkeit besaßen, den Anteil der auf sie nach dem Proporzwahlssystem abgegebenen Stimmen über der für den Einzug ins Parlament geforderten 5% Wählerstimmen zu halten. Dazu müssen die Kommunistische Partei (KPRF) ebenso gezählt werden, wie die „Liberaldemokraten“ des „Politclowns“ Schirinowskij (LDPR) und „Jabloko“.

Nah an dieser (Mindest-) Wählerpotenz bewegen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt die aus einer Reihe von Reformparteien 1999 entstandene Union der Rechten Kräfte (SPS), während die von der Präsidentialadministration gestützte und aus einer Fusion der früheren „Partei der Macht“ „Einheit“ mit „Vaterland ganz Russland“ hervorgegangenen Partei „Einheitliches Russland“ eine Favoritenstellung einnimmt.

Dabei wird mit der Verwendung der Terminologie „Partei der Macht“ bereits auf deren Hauptmerkmal hingewiesen: „...ihre Nähe zu zentralen politischen Entscheidungsinstitutionen auf nationaler und regionaler Ebene.“³

Wobei sich der Begriff Macht nicht allein auf Regierungsnähe („Putinpartei“) bezieht, sondern auch auf die damit verbundene Möglichkeit der Mobilisierung von Ressourcen (Finanzen, Logistik, Medien) die diese Parteien eindeutig von ihren Konkurrenten unterscheiden – und es ihnen somit trotz ihrer „Kurzlebigkeit“ gelingt einen Großteil der Wähler an sich zu binden. So kann es denn kaum überraschen, wenn auch aktuelle Umfragen die „Partei der Macht“ Kopf an Kopf mit den letzten „Wahlsiegern“ von 1999 (der KPRF) um die Mehrheit in der Duma bei der Wahl 2003 ringen sehen.

Im Hinblick auf die Programmatik der Parteien bleibt es ein Machtkampf zwischen „linken“ und „zentristischen“ Positionen, während die liberalen Mitte-Rechts Parteien (Jabloko und SPS) zusammen mit den „rechten Nationalisten“ der LDPR bisweilen um den Einzug ins Parlament fürchten müssen.

Dabei darf die Einteilung in vier „Hauptrichtungen“ politischer Parteien Russlands nicht verklären, dass die „klassische“ Links-Rechts Einteilung der politischen Parteien nur eingeschränkt zutrifft. Vielmehr ist schon häufig darauf hingewiesen worden, dass der programmatische Parteienwettbewerb in Russlands im Vergleich zu den westlichen Demokratien umgekehrte Konfigurationslinien aufweist und die Möglichkeit besteht, dass

³ Legutke, A. (2001): Die Organisation der Parteien in Russland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 75.

„linke“ wirtschaftliche mit „rechten“ gesellschaftlichen Positionen einhergehen und umgekehrt.

Gerade die Wahlprogramme der eigentlich an den jeweiligen äußeren Rändern des Parteienspektrums befindlichen KPRF bzw. LDPR bestätigen diese These auch 2003 auf eindrucksvolle Weise.

So brillierten die Nachfolger der ehemaligen Staatspartei (KPdSU) in ihrem im Januar diesen Jahres beschlossenen Wahlprogramm zwar vor allem mit den von einer „linken“ Partei zu erwartenden sozialen Forderungen (Löhne und Gehälter über dem Lebensminimum, sowie Begrenzung der Lebenshaltungskosten) und für eine weitestgehend staatlich regulierte Ökonomie (v.a. Schlüsselindustrien und Bodenschätze in Staatshand, aber auch generelle Forderung des Verbots des Bodenerwerbs,...) währenddessen die von ihr angestrebte Gesellschafts- und Außenpolitik als „slavophil“ zu bezeichnen wäre.

Die sich als Sammellager der Protestwähler verstehende LDPR, der bei der Parlamentswahl 1993 mit dem Erringen von 23% der Wählerstimmen ein „Überraschungserfolg“ gelungen war, mischt hingegen ihre bekannten rechts-nationalistischen Positionen (vs. Überfremdung, vs. Abhängigkeit vom „Westen“) durchaus auch mit Forderungen nach einem stärkeren staatlichen Eingreifen in den Wirtschaftskreislauf (u.a. Erhöhung der staatlichen Investitionen, bei weitestgehender Autarkie der russischen Wirtschaft) und einer verstärkten sozialen Absicherung der Bürger. Was denn auch der Titel des Wahlprogrammes 2003 eindrucksvoll unterstreicht: „Wir für die Armen – Wir für die Russen“.

Auf eine Analyse des Wahlprogrammes einer Partei der Macht – also im diesjährigen Fall des Parteimanifestes: „Der Weg nationalen Erfolges“ von „Einheitliches Russland“ - kann letztlich verzichtet werden, basiert ihre „programmatische Ausrichtung“ doch vor allem auf ihrer „demonstrativen Loyalität gegenüber dem Präsidenten und seiner Person“ - so dass eigentlich eine Evaluation der Politikvorstellung des Präsidenten von Nöten wäre. Wenn sich diese Partei nicht wie die Vorangestellten an „Transformationsverlierer“, sondern an eine „breite Mittelklasse“ mit ihrem, da an „realistischen Zielen“ ausgerichteten, unscharfen programmatischen Profil⁴ wendet, so können sich die von massenmedialer Aufmerksamkeit

⁴ Zu den Wahlthemen, vgl.: Kommersant Wlast (11.08.03): Nr. 31. S. 24. (Größere innere und äußere Sicherheit Russlands, Kampf der Kriminalität und Armut, Verbessertes Gesundheits- und Bildungssystem,...)

weitaus weniger verwöhnten liberalen Mitte-Rechts-Parteien Jabloko und SPS eher auf die Intelligencia und das (wirtschafts-)reformfreudige Unternehmertum stützen.

Doch wenngleich Forderungen nach der Verwirklichung von Menschenrechten, klarer Gewaltenteilung und der Befolgung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft bspw. bei Jakoblo zu einer Verdoppelung der Mitgliederzahl Anfang des Jahres beitragen konnte (lt. eigenen Angaben von 32 000 auf 64 000), so ist dieser Erfolg selbstverständlich nicht mit einer optimistisch stimmenden Wahlprognose gleichzusetzen.

Zu einer den Einzug ins Parlament „garantierenden“ gemeinsamen Kandidatenaufstellung Jablokos mit der SPS konnten sich die beiden Kleinparteien bislang jedoch nicht durchringen.

Erst am 7. Dezember 2003 wird es zum Abbremsen des „Wahlzuges“ kommen, bis dahin stehen weitere Beschleunigungen bevor.

Es wird in den kommenden Monaten nicht einfacher, in einem v.a von den politischen Ambitionen einflussreicher Oligarchen des Landes beherrschten Wahlkampf den Überblick zu behalten.